

**Erscheinungsweise:**  
Täglich mit Ausnahme  
der Sonn- und Festtage

**Anzeigenpreis:**  
a) im Anzeigenteil:  
die Zeile 20 Goldpfennige  
b) im Reklamenteil:  
die Zeile 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen  
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften  
kann keine Gewähr  
übernommen werden

**Gerichtsstand**  
für beide Teile ist Calw



**Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw**

**Bezugspreis:**  
In der Stadt 40 Goldpfennige  
wöchentlich mit Träger  
Post-Bezugspreis 40 Gold-  
pfennige ohne Bestellgeld

Schluß der Anzeigen-  
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt  
besteht kein Anspruch auf Lieferung  
der Zeitung oder auf Rückzahlung  
des Bezugspreises

**Fernsprecher Nr. 9**

**Verantw. Schriftleitung:**  
Friedrich Hans Scheele  
Druck und Verlag  
der A. Oelschläger'schen  
Buchdruckerei

Nr. 43

Montag, den 22. Februar 1932

Jahrgang 104

## Der Völkerbundsrat hat wieder versagt

### Die Memel-Entscheidung des Rates eine neue Enttäuschung — Litauen nur „moralisch“ verurteilt

Genf, 22. Febr. Der Völkerbundsrat hat am Samstagabend die Entscheidung im Memelkonflikt getroffen. Während der deutsche Vertreter, Staatssekretär von Bülow, in energischer Weise für die Autonomie des Memellandes eintrat, verwarf die litauische Außenministerin Kaunius gegen die Erklärungen Bülows, die gegen die Ehre Litauens verstoßen. Er behauptete dabei, Bülow habe sich in die „inneren Angelegenheiten Litauens“ eingemischt. Er sei im Rat als Vertreter der Bevölkerung des Memellandes aufgetreten. Dies sei eine reine Demagogie. Litauen habe „immer seine internationalen Verpflichtungen erfüllt“. Der Vertreter der englischen Regierung erklärte, daß die gegenwärtige Lage im Memelgebiet zweifellos unnormal sei. Die erste Aufgabe sei jetzt, ein neues Direktorium zu schaffen, das das Vertrauen des Landtags habe. Er bedauere, daß Litauen die Einholung eines Gutachtens des Internationalen Gerichtshofes verweigere. Der Appell des Berichterstatters und der deutschen Regierung an die vier Unterzeichnermächte sei sehr richtig. Er werde diesen Appell seiner Regierung übermitteln und zweifle nicht, daß diese ihm die ernsteste Aufmerksamkeit schenken werde. Die Vertreter der drei übrigen Unterzeichnerstaaten des Memelabkommens, Frankreich, Italien und Japan, schlossen sich den Erklärungen des englischen Vertreters an.

Die Vorschläge des Berichterstatters Colban wurden sodann unter ausdrücklichem Vorbehalt des litauischen Außenministers angenommen. Sie bestehen aus folgenden vier Punkten:

1. Gewissenhafte Einhaltung sämtlicher internationaler Verpflichtungen der für das Memelgebiet in Frage kommenden Bestimmungen.
2. Die Lage im Memelgebiet ist außerordentlich ernst. Dringende Maßnahmen zur Vermeidung jeder Verschärfung der Lage müssen sofort ergriffen werden.
3. Sofortige Bildung eines rechtmäßigen Direktoriums, das sich dem Landtag vorstellt und sein Vertrauen haben muß.
4. Klärung der Rechtsfrage, ob die Abberufung des Präsidenten Böttcher rechtmäßig war oder nicht, durch den Haager Gerichtshof. Der Haager Gerichtshof würde also folgende zwei Fragen zu behandeln haben:
  - a) Haben die litauischen Behörden das Recht und unter welchen Umständen das Direktorium des Memelgebietes abberufen?
  - b) Im bejahenden Falle: Haben die litauischen Behörden in dem vorliegenden Fall der Abberufung des Präsidenten Böttcher und der übrigen Mitglieder des Direktoriums entsprechend diesem Recht gehandelt?

Das Ergebnis der Verhandlungen des Völkerbundsrates über die Memelfrage kann dahin zusammengefaßt werden, daß die Entscheidung, ob die Rechts- und Staatsfrage nunmehr von den vier Unterzeichnerstaaten des Memelabkommens vor den Haager Gerichtshof gebracht wird und damit ein offizielles Klageverfahren gegen Litauen vor diesem Gerichtshof beginnt, jetzt in den Händen der vier Unterzeichnerstaaten des Memelabkommens liegt. Da die litauische Regierung bisher sich über alle internationalen Verpflichtungen und Bestimmungen des Memelabkommens hinweggesetzt hat, besteht zweifellos die ernsteste Befürchtung, daß die litauische Regierung sich auch über die heutige Stellungnahme des Völkerbundsrates hinwegsetzen wird, jedoch bedeutet die eindeutige Stellungnahme der vier Ratsmächte andererseits eine eindeutige Erklärung im Sinne des von der deutschen Regierung eingenommenen Standpunktes. Die heutige Entscheidung des Völkerbundsrates schafft jedoch für die Reichsregierung die unbedingte Notwendigkeit, jetzt mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln bei der litauischen Regierung auf Einhaltung der vom Rat festgelegten Richtlinien zu dringen und notwendigenfalls eine sofortige Stellungnahme der vier Unterzeichnerstaaten herbeizuführen. — Praktisch bedeutet die Ratsentscheidung eine „moralische“ Verurteilung Litauens, aus der man sich in Kovno nichts machen wird.

### Ostpreußen fordert Schutz gegen Polen

U. Königsberg, 22. Febr. Der ostpreussische Provinzialausschuß hat in seiner Sitzung vom 19. Februar 1932 folgende Entschliessung gefaßt, die sofort zur Kenntnis der zuständigen Reichsbehörden gebracht worden ist:

„Bei einer Feier polnischer Studenten in Danzig am 2. Februar haben Vertreter polnischer Zivil- und Militärbehörden Reden gehalten, welche unverschämte Drohungen gegen Danzig und Ostpreußen enthalten und einen militärischen Ueberfall in nahe Aussicht stellen. Unter anderem hat der Vertreter des kommandierenden Generals in Thorn erklärt, daß er eher nach Königsberg in Uniform als zum zweitenmal nach Danzig in Zivil kommen werde. Infolge dieser unerhörten, in so herausfordernder Schärfe noch nie gewagten Drohungen und unter dem Eindruck der jüngsten Vorgänge in Memel ist die Stimmung in der Provinz Ostpreußen außerordentlich gespannt.“

## Ein Kabinett Tardieu in Paris gebildet

### Umgruppierung des seitherigen Rechtskabinetts Laval

#### Die alten Führer Tardieu, Reynaud, Flandin und Laval kehren wieder

Paris, 22. Febr. Nachdem es Painlevé misslungen war, unter Einbeziehung der Linken ein Kabinett zu bilden, hat der Präsident der Republik am Samstagabend Tardieu mit der Kabinettsbildung beauftragt. Der bisherige Kriegsminister hat diese Aufgabe bis Sonntag mittag gelöst, indem er ein Kampfkabinett der Rechten in ähnlicher Zusammensetzung wie das alte Kabinett Laval bildete. Die neue Regierung setzt sich aus folgenden Männern zusammen:

Ministerpräsident und Außenminister Tardieu, Justizminister und gleichzeitig Minister für die Kontrolle der öffentlichen Verwaltungen Paul Reynaud, Innenminister Mahieu, Finanzminister Flandin, Minister für nationale Verteidigung (Kriegsministerium sowie Kriegs- und Marine- und Ministerium für Luftfahrt) Pietri, Handel und Industrie, Post und Telegraphie Rollin, Landwirtschaft Chauveau, Öffentliche Arbeiten Garnier, Unterricht Rousson, Arbeitsminister Laval, Pensionen Champetier de Ribes, Kolonien de Chappedelaine, Gesundheit Clauisot.

Das neue Ministerium zählt 4 Senatoren und 15 Abgeordnete zu seinen Mitgliedern. Ihm gehören u. a. an: ein Sozialrepublikaner und ein Unabhängiger, 3 Mitglieder der Radikalen Linken, 6 Einkreisrepublikaner, 2 Mitglieder der Fraktion Franklin-Bouillon, ein katholischer Demokrat, 2 Mitglieder der Demokratisch-Sozialen Aktion, Fraktion Maginot, und 2 Mitglieder der Demokratisch-Republikanischen Union, Fraktion Marin.

Das neue Kabinett tritt am Dienstag vor das Parlament. Tardieu beabsichtigt, am kommenden Mittwoch nach Genf abzureisen. — Der „Petit Parisien“ lobt die Energie und

Entschlossenheit Tardiens, mit der er der Krise ein rasches Ende bereitet habe. Der geistige Einfluß Poincarés (!) spreche deutlich aus der Haltung des neuen Ministerpräsidenten.

### Schwere Kämpfe um Schanghai

#### Japanische Großangriffe mit Panzern

U. Schanghai, 22. Febr. Der Kampf um Schanghai ist am Sonntag wieder heftig entbrannt. In der Nacht zum Sonntag haben die Chinesen Kiangwan, die Schlüsselstellung im Norden Schanghais, die am Samstag unter großen Verlusten von den Japanern genommen worden war, zurückerobert. Die Japaner halten lediglich einige strategische Punkte. Kiangwan wurde den ganzen Sonntag über mit schwerem Geschütz beschossen, jedoch hielten die Chinesen ihre Stellung. Die Japaner melden, daß das Bombardement gute Erfolge zeitigte, so daß die Aussichten auf einen Durchbruch sich verbessert hätten.

Während des Sonntags zogen die Japaner Truppen aus der Wujung-Gegend heran. Es wurde eine Armeegruppe gebildet, die den Befehl hat, durch Kiangwan und Tszang durchzustoßen. Eine zweite Gruppe setzte südlich von Kiangwan zum Vorstoß auf Tschjen an, wo sich das Hauptquartier des chinesischen Oberbefehlshabers befindet, ohne aber Fortschritte zu machen, obwohl hier Tanks Verwendung fanden. Bisher sind die Kämpfe an die Hauptverteidigungsstelle der Chinesen, die 8 Km. westlich der Schanghai-Wujung-Eisenbahn verläuft, noch nicht herangetragen worden.

### Tages-Spiegel

Die Ratsentscheidung im Memelkonflikt bedeutet für Deutschland eine neue Enttäuschung. Litauens Uebergriffe im Memelland sind nur „moralisch“ verurteilt worden. Staatssekretär v. Bülow, der deutsche Vertreter in Genf, ist nach Berlin zurückgekehrt.

In Anwesenheit Hindenburgs fand am Volkstrauertag im Reichstag eine Totengedenkfeier statt.

Zum morgigen Zusammentritt des Reichstages haben die Kommunisten einen Antrag auf Reichstagsauflösung eingebracht.

Auf einer Kundgebung des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Düsseldorf forderte dessen erster Vorsitzender Imbusch die Verstaatlichung des Bergbaus.

Der frühere Kriegsminister Tardieu hat die neue französische Regierung gebildet; das alte Kabinett Laval ist lediglich umgruppiert worden.

Um Schanghai fanden über Sonntag schwere Kämpfe statt. Die Chinesen leisteten den mit modernsten Waffen durchgeführten japanischen Großangriffen erfolgreichen Widerstand.

Am Samstag gelang es den Japanern, den Wujung-Creec zu überschreiten. In der Nacht zum Sonntag setzten dort Gegenangriffe der Chinesen ein, die nach japanischen Mitteilungen nicht erfolgreich waren. Immerhin stellten die Japaner am Sonntag die Angriffe bei Wufung ein und beschränkten sich darauf, durch Kriegsschiffe und Flugzeuge die Wufungforts und die chinesischen Stellungen zu bombardieren.

Die Entwicklung der militärischen Lage in Schanghai hat in den militärischen und Regierungskreisen Tokio enttäuscht. Am Sonntag fand eine Sitzung der hohen militärischen Stellen statt, die beschloß, sofort weitere Verstärkungen nach Schanghai zu entsenden.

### Mongolei und Mandschurei

U. Urden, 22. Febr. Die Vertreter der Mongolei in Urden haben am Freitag der mandschurischen Republik eine Erklärung übermittelt, in der es heißt, daß sie als Vertreter der Innen- und Außenmongolei sich bereit erklären, der mandschurischen Politik beizutreten.

In Moskauer politischen Kreisen wird erklärt, daß ein Anschluß der Mongolei an die mandschurische Republik eine weitere Verschlechterung der politischen Lage im Fernen Osten bedeuten würde. Selbstverständlich werde die russische Regierung weiter Neutralität bewahren. Sie hoffe, daß der mandschurische Staat in seiner Politik gegenüber Rußland nicht gegen die russischen Interessen verstoßen werde. Eine Anerkennung de jure komme im Augenblick nicht in Frage. Alle alten Vereinbarungen zwischen China und Rußland über die chinesische Ostbahn müßten bedingungslos von der mandschurischen Republik anerkannt werden.

### Biersteuerenkung ab 1. April

U. Berlin, 22. Febr. Amlich wird mitgeteilt: Die Verordnung über die Bierpreissenkung bleibt bestehen und wird durchgeführt, und zwar nach Maßgabe der vom Reichskommissar erlassenen Ergänzungsverordnung, wonach die örtlichen Behörden ausgleichen können. Die Reichsregierung hält jedoch, wie sie das bereits auf Anfrage des Abgeordneten Mumm und Genossen zum Ausdruck gebracht hat, im Gesamtrahmen des Bierpreisproblems auch die Inangriffnahme des Getränkebesteuerungssystems für nötig, denn die Finanzlage erfordert es, daß das Bier unter allen Umständen das ausbringt, was bisher in den Haushalten dafür angelegt war. Diese Ansätze würden aber nicht erreicht werden, wenn die Besteuerung in ihrer bisherigen Höhe, die übrigens bei der gegenwärtigen Kaufkraftlage der Bevölkerung auch wirtschaftlich und steuerlich nachteilige Wirkungen für das Gastwirtsgeerbe, die Brauereien und die mit dem Brauergewerbe zusammenhängenden Gewerbe hat, jetzt bestehen bliebe. Aus diesem Grunde ist spätestens zum 1. April 1932 eine entsprechende Biersteuerenkung in Aussicht genommen, die dann auch eine weitere Senkung des Bierpreises ermöglicht.

Die Funktionärskonferenz des Berliner Gastwirtsgeerbes hat Sonntag vormittag beschlossen, ab Donnerstag den Bierauschank einzustellen, falls es den Organisationen des Gastwirtsgeerbes nicht gelingen sollte, die von der Regierung bis spätestens 1. April in Aussicht gestellte Biersteuerenkung zu einem früheren Zeitpunkt in Kraft zu setzen.

im Keller.

Hof / Calw

Montag, abends 8 Uhr

Ilmwerk  
„wachen“

6 Akte

as Reichenbach

n Holt. (6 Akte)

esetzte Preise:

1 Mk.

PHORN

SUPPE

salvator

F. Köck.

SE

parstcher

ndet im Gasthaus

ubenstau

Laubenreunde

öble

herung

nd mehr als

n seit 1925

ne unvergänglich

01"

armenia

mburg

e 23.

Schüler von Prof.

betreut beabsichtigt

u. a. gefördert werden

richt

mögen bei möglichem

oers, Stuttgart,

pflege

denhaut und ein-

u. au. außer dem Hau e.

1609, Pforsheim.

LANDKREIS CALW

Kreisarchiv Calw

# George Washington

Bur 200. Wiederkehr seines Geburtstages am 22. Februar 1932.)

Von Dr. Thomas C. Hall-Göttingen,  
amerikanischen Austauschprofessor an der Universität.

Zwei sehr verschiedene Ueberlieferungen bestimmen die Grundzüge der ganzen englischen Geschichte. Disraeli hat sie als so ausgeprägt empfunden, daß er sie für Kennzeichen zweier von einander verschiedenen „Nationen“ erklärte. Auf der einen Seite stehen die Träger einer alten normannischen Ueberlieferung, die den Landbesitz als Grundlage für das Leben einer durchaus aristokratischen regierenden Klasse betrachteten; auf der anderen Seite eine aufstrebende ursprüngliche überwiegend angelsächsische Klasse, die im Handwerk, in der Industrie und dem Handel emporgestiegen war und durch Geldbesitz ihren Einfluß zu erweitern suchte. Die zwei Strömungen sind leicht von einander zu unterscheiden, aber zu welcher Klasse bestimmte einzelne Persönlichkeiten gehören, das läßt sich nicht immer so scharf auseinander halten.

George Washington, geboren am 22. Februar 1732, gehörte ausschließlich weder zu der einen noch der anderen Ueberlieferung. In seiner Heimat Virginia war eine neue aristokratisch regierende Klasse entstanden, die mit der alten normannischen in England nichts zu tun hatte. Die Bevölkerung Virginias ging ursprünglich aus genau derselben englischen Klasse hervor, wie die von Neuengland. Die herrschende Meinung, Virginia sei ein „Kavalier“-Staat im Gegensatz zu den „puritanischen“ Staaten in Neuengland, ist ein Mythos und gänzlich ungeschichtlich. Aber die Verhältnisse im Süden machten dort die Sklaverei wirtschaftlich lohnend, während sie es in Neuengland nicht war. Auf dieser Sklavenwirtschaft baute sich dann eine feingebildete Aristokratie auf, zu der auch George Washington gehörte. Außerdem hatte er sehr bald enge Beziehungen mit der Familie des englischen Lords Halifax angeknüpft. Als reicher Mann und Großgrundbesitzer, der über viele Sklaven gebot, lernte er zu herrschen und zu arbeiten, denn ohne geschickte Leitung und ernste Tätigkeit war ein Landgut wie das Washingtons nicht zu erhalten.

Ueber Washingtons geistige Fähigkeiten wird wohl immer wieder gestritten werden. Sicherlich standen ein starker Wille und eine edle Selbstlosigkeit bei ihm im Vordergrund, aber man darf deswegen seine anderen Gaben nicht unterschätzen. Ueber seine Fähigkeiten als Feldherr ist für Europäer ein treffendes Urteil schwer zu fällen, denn die dortigen militärischen Verhältnisse waren so verschieden von den europäischen, daß ein Vergleich ausgeschlossen ist. Möchte soll Washington für einen der größten Feldherren gehalten werden. Vor allen Dingen besaß er aber die unschätzbare Fähigkeit, die besten Mitarbeiter heranzuziehen und sie ungestört walten zu lassen. Den Deutschen von Steuern und den Franzosen Lafajette wußte er so gut zu gebrauchen wie seine eigenen Landsleute, und so sehr er ihnen neidlos freie Hand ließ, so verstand er es doch immer, ohne Schwierigkeit seine oberste Stellung zu behaupten.

Washington war kein Demokrat und glaubte überhaupt nicht an eine lebensfähige demokratische Regierungsform. Er war doch ein überzeugter Anhänger einer mehr oder weniger republikanischen Regierung, wenn auch ohne alle Gleichmacherei oder überschwengliche Brüderlichkeit im französischen Sinne des Wortes. Er war oft unnahbar und anscheinend kalt; er hatte mehr Geistesverwandtschaft mit dem aristokratischen John Adams als mit dem mehr demokratischen Thomas Jefferson, verstand es aber doch sowohl mit Jefferson als auch sogar mit seinem aristokratischen Feind Alexander Hamilton zu arbeiten. Er hatte wütende Feinde, die ihn in der schamlosesten Weise anpöbelten; aber er blieb immer der ruhige, überlegene Führer seines Volkes, das er weder umschmeichelte noch überschätzte. Wie später Pitt, Cavour, Bismarck und Lincoln erlebte er schwere Enttäuschungen, ohne seinen Glauben an das Vaterland zu verlieren, und als er starb, verstummte denn auch für immer das Hundegelläuf, das ihm oft das Leben verbittert hatte.

Auch über die Art seiner Größe wird man wohl noch lange streiten, aber diese Größe selbst wird kaum jemand in Zweifel ziehen. Er war kein Gott, sondern ein Mensch unter Menschen, und zwar unter den damaligen Menschen. Seine Sprache war die Sprache seiner Zeit und Umgebung, und seine Weltanschauung war die aller gebildeten nicht dogmatisch gefesselten Zeitgenossen. Er führte am liebsten das Leben eines Großgrundbesitzers, war ein guter Gesellschafter, spielte gern eine Partie Karten, tanzte viel und trank sogar ab und zu ein Glas Wein über den Durst. Er ritt gern über seine Felder und war ein strenger aber humaner Herr seiner Sklaven und Angestellten. Er durchschaute die Schwäche der Sklaverei, sah voraus, wie die grenzenlose Unwissenheit des amerikanischen Volkes von europäischen Mächten mißbraucht werden würde, und warnte seine Landsleute, leider vergeblich, davor. Er ließ sich weder durch die englische noch durch die französische Politik irreführen, obwohl er weder England noch Frankreich haßte. Er wußte vielmehr die überlegene Kultur beider Länder zu schätzen, ohne sie aber slavisch übernehmen zu wollen.

Washington vereinte viele der angeborenen Eigenschaften der Klasse, zu der seine Vorfahren in England gehörten, mit dem erworbenen Charakter der neuen aristokratischen Klasse Virginias. Er war ein guter Geschäftsmann, um den Wert des Geldes als Mittel zur Macht gut zu verstehen, und zu gleicher Zeit ein begeisterter Landwirt und Gutsbesitzer. Seine äußere Gestalt floßte Respekt ein, und in seinem Auftreten war stets eine eigene Würde und Besonnenheit. Drei hervorragende Künstler haben ihn abgebildet, und aus allen Bildern spricht ein wohl beherrschtes Temperament, ein maßvolles Selbstbewußtsein und ein starker Wille. Er war gewiß kein Gelehrter, aber aus seiner mangelhaften Rechtschreiberei und mangelhafter Verfassungen gegen die englische Grammatik darf man nicht schließen, daß er eine mangelhafte Bildung hatte. Man legte damals kein Gewicht auf diese Dinge. Sein englischer Stil ist durchaus edel und kraftvoll, seine Bibliothek war reich und für die damalige Zeit erstaunlich vielfältig. Unter solchen Männern wie Hamilton, Jefferson, Franklin und John Adams fühlte er sich als primus inter pares. Washington war ein geborener Führer, ein weitfichtiger Staatsmann, ein schlauer Diplomat und ein edler Patriot im besten Sinne des Wortes. Die menschliche Seite an ihm betont man jetzt in Amerika stark, aber dadurch hat der Mann eher gewonnen als verloren, und seine Stellung als Vater seines Landes, die ihm von seinen Mitbürgern schon zu seinen Lebzeiten zuerkannt wurde, wird ihm wohl niemand wehnen können.

Zu einer Zeit, in welcher der Parteigeist beinahe keine Grenze kannte und der Partikularismus eine verhängnisvolle Rolle spielte, versuchte Washington parteilos zu regieren. Es ist ihm zuletzt doch nicht vollkommen gelungen. Er war ohne Frage im Herzen Föderalist und Gegner Jeffersons. Doch hätte er sich als Präsidentschaftskandidat zum dritten Mal aufstellen lassen, so wäre er wohl wieder einstimmig gewählt worden. Er war aber zu weise, den Versuch, den Staat

partellos zu leiten, noch weiter fortzusetzen, und zog sich darum ins Privatleben zurück. Seine auswärtige Politik hat sich später als durchaus richtig erwiesen. Der Vertrag mit England unter Jay war wohl der schwache Punkt seiner Politik. Aber nachher hat der Krieg mit England im Jahre 1812 deutlich gezeigt, wie töricht es für das junge Staatswesen gewesen wäre, sich damals wieder mit England militärisch zu messen.

Mit der französischen Revolution war er eben so wenig einverstanden wie mit der Gewaltpolitik Englands. Seine Behandlung Genets, des französischen Gesandten, war ein Meisterstück von Selbstbeherrschung und kühler Ueberlegenheit. In jeder Lebenslage wußte Washington sich zurecht zu finden, und er starb, wie er gelebt hatte, ruhig, gefaßt und mit Würde. Seine Unsterblichkeit in den Herzen aller Amerikaner ist gesichert, und die ganze Kulturwelt nimmt mit Recht Anteil an dem zweihundertsten Geburtstag eines großen Generals, eines hervorragenden Staatsmannes und vor allen Dingen eines edlen vaterlandsliebenden Menschen.

Telegramm des Reichspräsidenten an Hoover  
anlässlich des 200. Geburtstages von George Washington  
Hl. Berlin, 22. Febr. Anlässlich des 200. Geburtstages von George Washington hat der Reichspräsident von Hindenburg an Hoover nachstehendes Telegramm gerichtet: „Zur Feier des 200. Geburtstages Ihres großen Nationalhelden gestatte ich mir, Ihnen, Herr Präsident, und der ganzen amerikanischen Nation zugleich im Namen der Reichsregierung und des deutschen Volkes die herzlichsten Glückwünsche auszusprechen. George Washington, der seinen Volksgenossen in Krieg und Frieden ein vorbildlicher Führer war, gehört zu den Unsterblichen der Weltgeschichte. Möchte dieses Jahr des Gedächtnisses an George Washington, dessen kraftvolle Hand das junge amerikanische Staatsvolk durch alle Klippen hindurch steuerte, zum Beginn einer Ära neuen wirtschaftlichen Aufstieges für das amerikanische Volk und die ganze Welt werden.“

## Lettland

### will die deutsche Sprache ausrotten

Hl. Riga, 21. Febr. Das lettlandische Ministerkabinett Eulienek beschloß, auf dem Wege der Notverordnung ein Sprachengesetz für Lettland zu erlassen, das u. a. eine einschneidende Beschränkung der Benutzung der deutschen Sprache in Lettland bezweckt und bereits am 4. März in Kraft treten dürfte.

Nach dieser Notverordnung darf in der lettlandischen Behörde und in allen staatlichen und kommunalen Behörden nur die lettische Sprache benutzt werden, ebenso im Verkehr privater und juristischer Personen mit staatlichen und kommunalen Stellen. Während die Regelung der Sprachenfrage im Parlament dem Landtag selbst vorbehalten bleibt — bekanntlich sind bisher deutsche und russische Neben gestattet — müssen jetzt in den Kommunalverwaltungen deutsche und russische Redner auf Verlangen nur eines Parlamentsmitgliedes ihre Neben in die lettische Sprache übersetzen. Alle Firmenanzeigen, Plakate, Stempel usw. müssen in lettischer Sprache ausgeführt sein. Das gilt auch für Vereine und sonstige Organisationen. Nur an zweiter Stelle ist nebenbei die Sprache der Minderheit gestattet. Im amtlichen Verkehr dürfen nur lettische geographische Bezeichnungen verwendet werden. Damit soll die Verwendung alter geschichtlicher deutscher und russischer Ortsbezeichnungen ausgerottet werden. So soll es z. B. jetzt statt Mitau nur noch Jelgava heißen usw.

## Kleine politische Nachrichten

Die deutsche Staatspartei teilt folgende Entschliessung mit: „Der Vorstand der deutschen Staatspartei mißbilligt den Erlass des Reichswehrministers, der die Stellung der Reichsregierung zur Nationalsozialistischen Partei in ein unklares Licht rückt, die Exekutive verwirrt und die Sicherung der Republik bedroht. Er erwartet von der Reichsregierung, daß unverzüglich bindende Anordnungen erlassen werde, durch welche die Reichswehr vor dem Eindringen aller staatsfeindlichen Elemente geschützt und ihren Angehörigen der Besuch von Veranstaltungen, die unter Hakenkreuz — ebenso wie unter Sowjetfahnen — stattfinden, verboten wird.“

Die Entscheidung im Reichstag. Im Reichstag liegen bereits 5 Mißtrauensanträge vor, die von den Parteien der Nationalen Opposition und den Kommunisten eingebracht worden sind. Sie richten sich zunächst allgemein gegen das ganze Reichskabinett, aber auch gegen einzelne Minister im besonderen, so u. a. gegen den Reichswehrminister Groener. Man nimmt in parlamentarischen Kreisen an, daß damit die Reihe der Mißtrauensanträge noch nicht abgeschlossen ist und daß bei Zusammentritt des Reichstags am morgigen Dienstag wohl ein Duzend solcher Mißtrauensanträge zu verzeichnen sein wird. Die Abstimmungen über diese Anträge werden voraussichtlich am 27. Februar nach Abschluß der politischen Aussprache stattfinden. Dieser Tag dürfte daher ein kritischer Tag erster Ordnung sein.

Das Landvolk gegen das Kabinett Brüning. Wie die „Landvolknachrichten“ erfahren, wird ebenso wie die Deutsche Volkspartei auch die Landvolkpartei für die Mißtrauensanträge gegen das Kabinett Brüning stimmen. Die Landvolkpartei hat ja auch schon bei den letzten Abstimmungen im Reichstag ein Vertrauensvotum für die Regierung abgelehnt. Dagegen sei mit Sicherheit anzunehmen, daß die Wirtschaftspartei in ihrer überwiegenden Mehrheit sich gegen die Mißtrauensanträge wenden wird.

Neue Putzgefahr in Remel? Wie der „Lokalanzeiger“ aus Remel meldet, sind dort neue, sehr ernste Gerüchte über einen bevorstehenden Putz litauischer Freischaren entstanden. Am 16. Februar sind in Remel 2 Eisenbahnwagen mit Zivilkleidern aus Kowno eingetroffen. Man vermutet daher, daß diese Zivilkleider nach dem Muster des „Volksaufstandes“ von 1929 an litauische Militärpersonen verteilt werden sollen, die dann als angebliche Zivilpersonen einen Putz zugunsten der litauischen Gewalt Herrschaft machen sollen.

Österreichs wirtschaftliche Ernährungsgefahr. Der österreichische Nationalrat hat die beiden wirtschaftlichen Ernährungsgefahr angenommen. Ferner setzte er den in der Verfassung vorgesehenen Ausschuss zum Studium einer ständigen Verfassung ein. In der Aussprache erklärte ein großdeutscher Abgeordneter u. a.: „Sollte es gelingen, auf diesem Gebiete etwas Brauchbares zu schaffen, dann könnte Österreich beim Anschluß an das Deutsche Reich ein Angebinde mitbringen, das auch dem Deutschen Reich wertvoll sein würde.“

Französisches Militärflugzeug abgestürzt. Ueber dem Flugplatz von Nieder-Feub in Lothringen kreiste ein Kampfflugzeug vom 88. Infanterieregiment. Infolge einer Motorpanne kam das Flugzeug ins Wackeln und stürzte ab. Der eine der Flieger wollte mit dem Fallschirm abspringen, doch öffnete sich dieser nicht und der Flieger fiel mit voller Wucht auf den Deckel eines Hochofens auf, wobei er buchstäblich entzweierte wurde und verbrannte. Der zweite Flieger stürzte mit dem Flugzeug auf eine Baracke und konnte nur als verstümmelte Leiche hervorgezogen werden.

Auflauf in Hollandisch-Indien vereitelt. Nach einer Meldung aus Wilhelmstadt auf der Insel Curacao vereitelten die holländischen Behörden einen großangelegten Aufstand von Venezolanern und Arbeitlosen auf der zu Hollandisch-Indien gehörenden Aruba-Insel. Die Verschwörer hatten beabsichtigt, die amerikanischen und englischen Petroleumraffinerien in Brand zu stecken und die politische Gewalt an sich zu reißen. Es wurden 20 Verhaftungen vorgenommen. 8 der verhafteten Arbeitlosen wurden verbannt.

## Die neueste Republik: Mandschurei

In Mukden ist die mandschurische Republik ausgerufen worden. Dieser Staatsakt war jedoch nicht ein Ausbruch etwaiger Unabhängigkeitsbestrebungen, sondern erfolgte unter dem Einfluß einiger Politiker und Generale, die Ja-



pan für sich gewonnen hatte. Das neue Staatsgebilde hat lediglich die Aufgabe, den japanischen Einfluß in der Mandschurei zu erhöhen und sicherzustellen. Es umfaßt, wie aus unserer Karte ersichtlich ist, die drei mandschurischen Provinzen Kirin, Mukden und Heilungkiang sowie den mongolischen Gebietsteil Jehol. Zum Präsidenten wurde der frühere Kaiser von China, Pu Yi (unten links), gewählt.

## Politische Kurzmeldungen

Die Reichsregierung wird angesichts der Versorgungslage auf dem Weizenmarkt Maßnahmen ergreifen, die eine Erleichterung in der Versorgung der Mühlen mit Weizen herbeiführen. Die neue Notverordnung zum Schutze der Landwirtschaft betrifft die Zwangsvollstreckung bei landwirtschaftlichen Betrieben und das Sicherungsverfahren. — Die Kosten der Reichspräsidentenwahl dürften sich, wenn zwei Wahlgänge erforderlich werden, auf etwa vier Millionen, bei einem Wahlgang auf drei Millionen Mark belaufen; die Reichstagswahl 1932 kostete etwa 1,8 Millionen Mark. — Die Parteileitung der SA hat beschlossen, bei der Reichspräsidentenwahl für den kommunistischen Kandidaten Thalman einzutreten. — In der ersten Februarhälfte sind im Ruhrkohlenbergbau wieder 4000 Kündigungen ausgesprochen worden, und die Zahl der Feierschichten steigt von Monat zu Monat. An dieser anormal hohen Arbeitslosigkeit im Kohlenbergbau ist vor allem das Vordringen der englischen Kohle in den deutschen Absatzgebieten schuld, das durch die Abwertung des Pfundes gefördert worden ist. — Die Bemühungen der Bergarbeiterorganisationen, den von der französischen Bergwerksverwaltung beschlossenen Abbau von 5000 Saar-Bergleuten zu vermeiden, blieben erfolglos. — Wegen der Meldungen mehrerer Blätter, daß Hitler alle deutschen Regimenter wieder „aufstelle“, indem er seine „Stürme“ mit den alten Regimentsnummern benenne, ist eine diplomatische Anfrage von Paris nach Berlin gerichtet worden. — Bei einer in Saarau (Schlesien) veranstalteten nationalsozialistischen Kundgebung kam es zu heftigen Auseinandersetzungen mit politischen Gegnern, die zu einer großen Saalschlacht ausarteten. Ein Nationalsozialist und ein Parteilofer wurden getötet, mehrere Versammlungsteilnehmer schwer verletzt. — Der Kampfansatz der Berliner Gastwirte hat beschlossen, ab Montag den Bierboykott durchzuführen. Er soll alle Produkte der Großbrauereien umfassen. Von einer Schließung der Lokale will man absehen.



